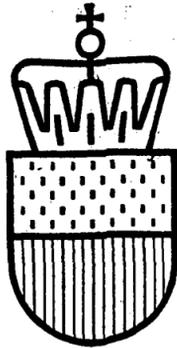


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des Liechtensteiner Volksblatt in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 19 37, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Übriges Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37
Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer
Annoncen AG., St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz, Donnerstag, 6. August 1964

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

98. Jahrgang — Nr. 119

S. D. Fürst Franz Josef II. besuchte Ulm

S. D. der Landesfürst am letzten Samstag von Bürgermeister MdL Dr. Lorenser im Rathaus offiziell begrüsst

Die blau-rote Fahne mit den fürstlichen Insignien schmückte am Samstag neben der Flagge der Bundesrepublik das Ulmer Rathaus. Sie kündete vom Besuch des Regierenden Fürsten von und zu Liechtenstein, dem die Stadt aus Anlass seiner Ulm-Visite einen Empfang gab. In Anwesenheit der Stadträte Dr. Schuster und Dr. Schweizer als Vertreter des Gemeinderates und der Senioren der katholischen Studentenverbindung «Nordgau-Prag zu Stuttgart», unter ihnen Ministerialrat Edmund Nowotny vom Innenministerium Baden-Württemberg, sowie weitere Vertreter staatlicher Behörden und der Wirtschaft Ulms, hiess MdL Bürgermeister Dr. Hans Lorenser in Vertretung des Oberbürgermeisters das Staatsoberhaupt von Liechtenstein, Fürst Franz Josef II., im Namen des Stadtrates und der Ulmer Bürgerschaft herzlich willkommen.

Rom und die Orthodoxie

Um die Annäherung der beiden Schwesterkirchen

Die in Pressemeldungen mehrfach angekündigte Reise des Oekumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Athenagoras I., nach Rom, ist nicht für die allernächste Zukunft vorgesehen. Dies erklärte der Delegat der katholischen Vereinigung Italiens für den christlichen Orient, Mgr. Brunello, anlässlich einer Studientagung über ökumenische Fragen. Jüngste Pressemeldungen, denen zufolge Athenagoras während der dritten Session nach Rom kommen wolle, sind vom Patriarchat in Konstantinopel dementiert worden.

Mgr. Brunello, der soeben von einer Informationsreise nach Istanbul, Athen, Beirut und Damaskus zurückgekehrt ist, berichtete, daß die — nach neuesten Informationen für November oder erst Dezember einberufene — panorthodoxe Konferenz auf Rhodos über die Einsetzung einer ständigen Kommission für die Kontakte mit der katholischen Kirche entscheiden werde. Mitglieder dieser Kommission sollten sechs Metropoliten sein, davon mit aller Wahrscheinlichkeit zwei aus der russisch-orthodoxen, einer aus der serbischen und drei aus der griechisch-orthodoxen Kirche. Aufgabe dieser Kommission solle weniger die Behandlung theologischer Fragen, als die Förderung der tatsächlichen Annäherung zwischen Orthodoxie und katholischer Kirche sein.

Patriarch Athenagoras, berichtet Mgr. Brunello, habe ihm über die Art dieser Arbeit für die Einheit folgendes gesagt: «Die katholische Kirche und die orthodoxe Kirche sind Schwesterkirchen, gegründet von zwei Brüdern, Petrus und Andreas. Die eine ist also für die andere da, und wir müssen zusammenarbeiten wie Brüder. Wir müssen unsern Weg gemeinsam gehen, Hand in Hand, und unsere Gaben austauschen... Es geht also nicht darum, etwas in uns zu verändern, sondern es geht um den Austausch der besten Gaben. Nicht Fusion, sondern Einheit; nicht Absorbierung, sondern Ergänzung. Nicht zwei Credo, sondern ein einziges, wie zu Nicäa und Konstantinopel, das jedoch von jedem in seiner eigenen Sprache gesprochen wird, d. h. in der Eigenständigkeit des Ritus und der Traditionen, die das Leben der beiden Kirchen unterscheiden.

Über die vielbesprochene Romreise des Patriarchen Athenagoras hat dieser selbst Mgr. Brunello anvertraut: «Es ist mein größter Wunsch, nach Rom zu kommen und den Besuch des Papstes im Orient zu erwidern. Es gibt allerdings sehr viele Schwierigkeiten, doch hoffe ich, diese meine Pflicht über kurz oder lang erfüllen zu können. Dem Papst werde ich erneuert sagen, was ich ihm schon in Jerusalem sagte: «Ihr seid der erste Bischof der Kirche. Es liegt an Euch, eine Konferenz aller Oberhäupter der christlichen Kirche einzuberufen, die den Weg finden soll, wie man die Spaltungen beheben kann.» Wenn das unter seinem Pontifikat geschehen sollte, dann wäre er der größte Papst der Geschichte.»

Ulm rechnete es sich als hohe Ehre an, sagte Bürgermeister Dr. Lorenser in seiner Begrüssungsansprache, dass Seine Durchlaucht anlässlich des Stiftungsfestes seiner Verbindung auch der Stadt einen Besuch abstatte und der Einladung der Verwaltung nachgekommen sei. Man freue sich über sein Kommen auch deshalb, da viele Bürger Ulms sein so schönes und gesegnetes Land auf ihren Reisen hätten kennen- und schätzenlernen dürfen. Ausserdem sei das Fürstentum weit über die Grenzen seines Landes hinaus durch seine sozial aufgeschlossene Einstellung bekanntgeworden.

Auch noch aus einem anderen Grunde sei die Stadt Ulm stolz, einen regierenden Fürsten empfangen zu dürfen. Denn mit dieser Begrüssung wolle die derzeitige Stadtverwaltung eine mittelalterliche Tradition fortsetzen. Damals habe die Reichsstadt Ulm als wichtiger politischer, kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt ihre Tore weit offen gehalten und Gäste aus dem Ausland immer schon herzlich aufgenommen. Diese Weltoffenheit sei auch auf unsere Tage übergegangen. Mit einem Toast auf den Fürsten und den allerherzlichsten Wünschen

für seine Familie, sein Land und die Bevölkerung, die «der Herrgott weiterhin so segnen möge», schloss der Bürgermeister seine Ansprache.

Seine Durchlaucht Franz Josef II. dankte mit herzlichen Worten für den Empfang der in so freundschaftlicher Atmosphäre stattfinde. Er kenne die Stadt Ulm bereits von früheren Besuchen her; er schätze vor allem das Münster und die bedeutsamen Sammlungen im Museum. Besonders hob er aber die bewundernswerten Aufbauleistungen Ulms hervor, die es nach dem Kriege vollbracht habe. Bereits in früheren Jahrhunderten hätten Kontakte zwischen Ulm und Liechtenstein bestanden, die auch heute wieder fortgesetzt würden. Sein Dank galt auch dem von Bürgermeister Dr. Lorenser überreichten Bildband über Ulm als einem Geschenk der Stadt.

Anschließend trugen sich der Fürst und die Teilnehmer des Empfanges in das Goldene Buch der Stadt Ulm ein. Dann zeigte Bürgermeister Dr. Lorenser den Gästen den grossen Sitzungssaal des Rathauses, die von dem ovalen Rund des Beratungstisches als besonderer Ausdruck einer stadtparlamentarischen Einrichtung sichtlich beeindruckt waren. In zwanglosen Gesprächen bekundete der liebenswürdig und bescheiden auftretende Herrscher von Liechtenstein

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Alle «guten» Dinge sind drei...

Zwei Rufen trennen die Gemeinden Schaan und Vaduz. In der Mitte liegt Mühleholz. Mühleholz wird von einer Strasse getrennt, die den beiden Rufen in punkto Zustand nur um wenig nachsteht. Tiefe Gräben und Löcher erinnern den Benutzer mit Nachdruck und Staub daran, dass er sich zwischen zwei wirklichen Rufen (und offensichtlich ziemlich vergessen) befindet.

Mit etwas Kies und einer Strassenwalze wäre die dritte Rufe ziemlich schnell beseitigt. Und alle Anrainer wären bestimmt recht dankbar dafür. wqu.

grosses Interesse für die Geschichte der Stadt und ihre künftige Entwicklung.

Am Samstagabend nahm Seine Durchlaucht Franz Josef II., am 43. Stiftungsfest seiner Studentenverbindung «Nordgau-Prag zu Stuttgart» im Bundesbahnhof teil.

Die Entwicklungshilfe als Gerechtigkeitsfrage

Die Epoche des Kolonialismus, die mit der Entdeckung Amerikas am Ende des 15. Jahrhunderts begann und in den beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der politischen Verselbständigung der britischen, französischen, holländischen, belgischen und italienischen Kolonien in Afrika und Asien nun praktisch zu Ende gegangen ist, hat diesen Gebieten nicht nur Nachteile gebracht. Die europäischen Kolonialmächte haben ungeheure Anstrengungen unternommen, um ihre kolonialen Gebiete in Uebersee wirtschaftlich zu erschliessen. Es ist über jeden Zweifel erhaben, dass diese Länder heute, im Augenblick des Aufstieges zur Unabhängigkeit nicht das wären, was sie in Tal und Wahrheit sind, wenn nicht die so oft und so gern verschrienen «Kolonialisten» und «Imperialisten» aus Europa ungeheure Energien und Geldmittel aufgewandt hätten, die Grundinvestitionen von unsagbarem Wert darstellten. Ohne diese Bemühungen wären diese Länder wahrscheinlich während Jahrhunderten auf einer Zivilisationsstufe und auf einem wirtschaftlichen Entwicklungsstand geblieben, der sich nur erahnen lässt. Man muss, um einen Begriff von der ungeheuren Leistung in den Kolonien zu haben, etwa den Stand der Entwicklung des nie unter eine Kolonialmacht gefallenen Himalajastaates Nepal um 1950 ins Auge fassen, wo damals das Rad noch unbekannt war und die Bauern nicht einmal ein so primitives Hilfsmittel wie eine ganz gewöhnliche Sense auch nur vom Hörensagen kannten. Erst eine spätere Epoche, in der gewisse politische und ideologische Empfindlichkeiten in diesen frisch zur Unabhängigkeit gekommenen Ländern dann auf Grund bemerkenswerter eigener Leistungen längst überwunden sein werden, wird diese kolonialisatorische Leistung vorurteilslos zu würdigen wissen. Die gegenwärtig in vielen dieser Gebiete noch vorhandenen Ressentiments gegen die ehemaligen «Kolonialherren» sind noch so stark, dass vielerorts die vorstehend gemachte Feststellung wie eine böswillige Häresie angesehen wird.

Freilich ist diese positive Wertung nicht in allen Teilen richtig. Es ist selbstverständlich, dass die Entwicklung der Kolonien durch die Kolonialmächte in den vergangenen Jahrhunderten nicht aus altruistischen Motiven vorangetrieben worden ist. Es lag im Interesse der «Kolonialherren», aus ihren überseeischen Territorien gewissermassen «etwas zu machen» und also diese Ländereien nicht einfach nutzlos und brach unter Gottes Sonne liegenzulassen.

Rohstoffe waren vielfach in Europa knapp oder gar nicht vorhanden. Die Kolonialprodukte waren deshalb in Europa eine begehrte Handelsware, die in den Kolonien zu gewinnen und über alle Meere zu transportieren sich lohnte. Der Nachteil der «kolonialistischen Entwicklung» liegt vor allem darin, dass diese Gebiete ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für die entsprechende Kolonialmacht bewirtschaftet worden sind. Viele dieser Länder sind — wirtschaftlich betrachtet — deshalb reine «Komplementärgebiete» geblieben, und in einigen Kolonien wurde die Produktion bloss eines einzigen Produktes (Monokultur) oder nur ganz weniger Produkte bewirkt, während es vielleicht im langfristigen Interesse dieser Gebiete gelegen hätte, schon frühzeitig eine gewisse Aufteilung der Produktion auf eine grössere Anzahl von Erzeugnissen vorzusehen (Diversifikation). Ein zweiter dunkler Punkt ist darin zu sehen, dass bewusst die Entwicklung einer Industrie in den Kolonialgebieten hintertrieben worden ist, um diese Gebiete als Absatzgebiete für europäische Industrieprodukte nicht wegen einer standortgünstigeren lokalen Konkurrenz zu verlieren.

Diese beiden charakteristischen Merkmale der traditionellen Entwicklungshilfe, die schon seit Jahrhunderten in den Kolonien durch die europäischen Mächte faktisch betrieben worden ist, sind ganz eigentlich die «Todsünden des Kolonialismus». Diese sind es, die heute die ungünstige Erbschaft darstellen, die von den zur Unabhängigkeit aufgestiegenen Regierungen übernommen worden ist. Sinken die Weltmarktpreise für Rohstoffe oder Tropenprodukte, so werden eben die einseitig auf diese Erzeugung ausgerichteten Wirtschaften gewisser Entwicklungsländer unverhältnismässig stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Unglück will es, dass die Weltmarktpreise gerade dieser Produkte je nach dem Ernteanfall und nach dem Weltkonsum ungemein grossen Schwankungen ausgesetzt sind. Bei einem Sinken der Preise pflegt jedesmal die Zahlungsbilanz der betreffenden Länder in katastrophaler Weise belastet zu werden. Eine zweite, für diese Länder ungünstige Konstellation ist darin zu erblicken, dass die Rohstoffpreise und die Preise der Tropenprodukte in diesem Jahrhundert durchschnittlich eine stark sinkende Tendenz aufweisen, während umgekehrt, in bezug auf die Industrieerzeugnisse, die von diesen Ländern aus den Industriestaaten importiert werden müssen, die Preisentwicklung eine deutliche

Tendenz nach oben zeigt. Dies bedeutet natürlich, dass die Entwicklungsländer immer mehr Rohstoffe und Agrarerzeugnisse produzieren und exportieren müssen, um immer teurere Industrieprodukte auch nur in gleicher Menge und Güte erwerben zu können.

Einige Wirtschaftswissenschaftler vertreten die Ansicht, dass die Verschlechterung der Handelslage in den Entwicklungsländern auf Grund des vorstehend beschriebenen Phänomens so ins Gewicht fällt, dass praktisch die ganze moderne Entwicklungshilfe, das heisst also jener Teil der Wirtschaftshilfe, der nicht mehr unter «kolonialistischen Vorzeichen» gewährt wird, sondern auf Grund bilateraler und multilateraler Verträge in immer steigenden Millionen- und Milliardenbeträgen aus den fortgeschrittenen Ländern in die Entwicklungsländer fliesst, von den sinkenden Preisen dieser Produkte vertgemaht werde. Sie sei somit bilanzmässig nutzlos verpufft! Wenn auch vielleicht diese These übertrieben sein mag, so ist doch ein wahrer Kern an dieser Behauptung. Und es ist nur allzu verständlich, dass an der am 15. Juni in Genf zu Ende gegangenen Weltkonferenz über die Entwicklungshilfe alle Entwicklungsländer von rechts bis links in ein und dieselbe Klage eingestimmt haben. Sie wünschen eine bessere Garantie der Preise ihrer Produkte. Und zweitens, möchten sie ungehindert durch Zölle in die Industriestaaten exportieren können. Ferner wünschen sie eine Entwicklungshilfe zu erhalten, die mindestens ein Prozent des Volkseinkommens in den Industriestaaten erreicht, um auf diese Weise sicher zu sein, dass es rascher und wirksamer vorangeht als bis jetzt. In bezug auf die Rasanz der Entwicklung ist nämlich leider zu sagen, dass in den vergangenen Jahren der absolute Abstand des Reichtums in den bereits entwickelten Ländern zum Reichtum (beziehungsweise zur Armut) in den Entwicklungsländern grösser geworden ist statt kleiner! Mit anderen Worten: zwar sind die Entwicklungsländer heute im allgemeinen weniger arm als vor zehn, zwanzig Jahren; aber die Industriestaaten sind nochmals ungemein viel reicher geworden als jene.

Was ist zu tun? Mit Mühe und Not konnte ein Aufliegen der Genfer Konferenz verhindert werden. Die Industriestaaten konnten sich natürlich nicht auf Anhiob einverstanden erklären, einen so bedeutenden Teil ihres Nationaleinkommens langfristig in die Entwicklungsländer fliesen zu lassen, ohne vielleicht je einen tangiblen Gegenwert für diese «Geschen-